

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir haben uns gestern in einem Arbeitskreis mit dem Thema BürgerInnenbeteiligung befasst. Wir alle sind Bürger bzw. Bürgerin. Auch ich bin Bürger – erlauben Sie mir daher im Anschluss auch einige Anmerkungen als Bürger und nicht nur als Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes. Und keine Angst – ich sehe mich nicht als Wutbürger!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Dornbirn - als ehemalige Hochburg der Textilindustrie - ist eine krisenerprobte Stadt. Dornbirn hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten mit der Textilkrise schwer zu kämpfen gehabt und hat die prekäre Lage mit Mut, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und einer gewissen Risikobereitschaft und vor allem dem Willen, die Zukunft gemeinsam zu gestalten, überwinden können.

Dornbirn ist es gelungen, zur richtigen Zeit die richtigen Entscheidungen zu treffen – und ist heute eine vielseitige Wirtschaftsstadt mit hoher Lebensqualität. – Einer Lebensqualität, die kennzeichnend ist für unsere österreichischen Städte. Dies belegt auch heuer das vom SORA-Institut durchgeführte „Städtebarometer“ eindrucksvoll.

Neun von zehn Befragten (89 %) sind der Meinung, dass ihre Wohngemeinde eine hohe Lebensqualität bietet. Die überwiegende Mehrheit der Befragten ist mit den kommunalen Dienstleistungen zufrieden bzw. sehr zufrieden.

Daher überrascht es auch nicht weiter, dass – wie bisher – die überwiegende Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen unserer Städte und Gemeinden der Meinung ist, dass die kommunalen Dienstleistungen auch weiterhin verantwortungsvoll von der Kommune erbracht werden sollen und nicht an private Anbieter ausgelagert werden sollen.

(RH-Bericht – PPP-Modell - ASFINAG)

Sehr geehrte Damen und Herren,

In einem umfassenderen Kontext könnte man Dornbirn repräsentativ als Vorzeigebispiel für Städte, Gemeinden und ja sogar Staaten heranziehen. Das

Beispiel zeigt, wie man sich aus einer Krisensituation mittels gut durchdachten Investitionen befreien kann und damit Gegenwart und Zukunft gemeinsam gestalten kann – Zukunft gestalten ist wohl ureigenste Aufgabe von Politik. Gestalten und eben nicht Getriebener sein, getrieben von scheinbar anonymen Märkten – denn letztlich agieren auch dort auf den Märkten Menschen, ja auch auf den Finanzmärkten agieren Menschen.

Und diese Menschen sind auch Bürger und Bürgerinnen in unseren Städten und Gemeinden und schätzen die Lebensqualität in all ihren Facetten, die in diesen unseren Städten tagtäglich zu erleben ist und von uns, von Ihnen aktiv gestaltet, gepflegt und weiter ausgebaut wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bei allen Bemühungen um den Stabilitätspakt, den Fiskalpakt, die Schuldenbremse, die Aufgabenbremse, etc. dürfen wir daher nicht auf Wachstumsimpulse vergessen!

Der deutsche Ökonom Peter Bofinger, einer der deutschen „Wirtschaftsweisen“, meinte unlängst in einem Interview: „Die Schuldenbremse ist eine Gefahr für die Zukunft“. Denn der EU-weite Konsolidierungswettbewerb werde das Wachstum so abschwächen, dass am Ende alle mit höheren Defiziten dastehen werden. Staaten sollten keine abrupte Schuldenbremse anstreben sondern Impulse setzen und primär in Bildung, Energiewende und Umwelttechnologien investieren.

Auch der amerikanische Ökonom Paul Krugman¹ ist der Meinung, dass eine rigorose Sparpolitik die EU in den Abgrund führt – mit all ihren ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

¹ Kolumne „Europa begeht ökonomischen Selbstmord“, DER STANDARD vom 17. April 2012

Wenn es um die Schuldenbremse, das Six Pack, Two Pack, den Fiskalpakt geht, dürfen wir die soziale Gerechtigkeit und den sozialen Frieden, den wir alle so sehr schätzen, nicht aus den Augen verlieren.

Denn ist es nicht gerade diese soziale Gerechtigkeit und der soziale Friede, der das Herzstück unseres europäischen Einigungswerkes darstellt?

Ich bin fest davon überzeugt, dass das Herzstück des europäischen Einigungswerkes der dauerhafte und nachhaltige Friede auf diesem Kontinent ist, dieser nachhaltige und dauerhafte Friede basiert auf

- den Werten der Aufklärung,
- den Werten der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit,
- der Freiheit,
- der sozialen Sicherheit
- und der Achtung der Würde des Menschen.

Dieses „europäische Friedensprojekt“ basiert auf dem freien Willen der Staaten, ihrer verantwortlichen Politiker und Politikerinnen, ihrer Bürger und Bürgerinnen, sich in einer supranationalen Organisation zusammenzuschließen und die sich stellenden Herausforderungen und Schwierigkeiten gemeinsam zu bewältigen.

Ein ganz wesentlicher Aspekt und wie mir scheint auf Grund der globalen Herausforderungen viel zu wenig beachteter Aspekt dieses Friedensprojektes Europas zwischen den Nationalstaaten ist der soziale Friede im Inneren.

Das Streben nach sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit,

die Ermöglichung gleicher Lebensbedingungen für alle Bürger und Bürgerinnen, kurz das, was wir als europäisches Gesellschaftsmodell bezeichnen.

Und ist nicht gerade die hohe Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden tagtäglich erlebbarer Ausdruck dieses europäischen Gesellschaftsmodells?

Und dies ist auch, sehr geehrte Damen und Herren, davon bin ich fest überzeugt, der viel zitierte Mehrwert der Europäischen Union: Frieden nach außen und soziale Sicherheit und Wohlstand im Inneren, nämlich soziale Sicherheit und Wohlstand im Inneren für alle Bürger und Bürgerinnen.

Und wo, wenn nicht gerade in den Gemeinden, in den Städten kristallisiert sich diese soziale Sicherheit und dieser Wohlstand für Alle. Warum ist die Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden so hoch anerkannt?, weil wir eben in den Städten vor Ort, wo die Bürger und Bürgerinnen zu Hause sind, ihr Heim haben, schlicht und einfach leben, diese soziale Sicherheit und diesen Wohlstand tagtäglich erleben.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, eine persönliche Anmerkung, ich bin in den 70er-Jahren gesellschaftspolitisch sozialisiert worden, zu dieser Zeit wurde „dem Geschichte lernen“ auch von höchster Stelle hohe Priorität beigemessen, und erlauben Sie mir daher zu sagen, dass gerade wir hier in Kontinentaleuropa eine besondere Verantwortung tragen.

Warum ist denn gerade in Deutschland, in Österreich und letztlich allen anderen europäischen Staaten der „Wohlfahrtsstaat“ in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts errichtet und ausgebaut worden?

Ich denke, um zu verhindern, dass die Gesellschaft gerade nicht auf Grund von ökonomischen Verwerfungen und Krisen auseinanderbricht und letztlich die Gesellschaft in politische Extreme auseinanderbricht.

Gerade Kontinentaleuropa mit seiner faschistischen Geschichte, seiner nationalsozialistischen Vergangenheit trägt hier eine besondere, eine große Verantwortung. Dabei ist der besorgniserregende Rechtsruck vieler europäischer Parteien erschreckend zu beobachten. Es ist eine Flucht in den Provinzialismus – ein Schrebergarten-Denken, das die Menschen polarisiert und den gesellschaftlichen Zusammenhalt und - ja sogar die Funktionsfähigkeit der Demokratie - gefährdet.

Was wir in wirtschaftlich schwierigen Zeiten brauchen, ist nicht ein Rückfall in Nationalstaaterei des 19. Jahrhunderts, sondern wenn schon national, dann bitte europäisch!

Eine europäische Demokratie, die auf der freien demokratisch legitimierten Gemeinde aufbaut, ihr Fundament hat.

Lassen Sie mich Jürgen Habermas zitieren (Die FURCHE/24.5.2012)

„Europa kann seinen politischen Handlungsspielraum nur gemeinsam zurückgewinnen. Es geht um uns, aber es geht auch um Europas Rolle in der Welt.“

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich erinnere an dieser Stelle an den ehemaligen deutschen Bundeskanzler Ludwig Erhard - der heute als Mitbegründer der sozialen Marktwirtschaft und als Schöpfer des deutschen Wirtschaftswunders gilt. In seinem populären Buch „Wohlstand für Alle“ (1957) formulierte er das Ziel, breiten gesellschaftlichen Schichten Wohlstand zukommen zu lassen. Auch er setzte auf Wachstumsimpulse und Beschäftigung.

Kritische Stimmen äußern immer die Unfinanzierbarkeit des Sozialstaates wenn es um Beschäftigungs- und Investitionsprogramme oder soziale Dienstleistungen geht. Doch gerade diese Staatsausgaben bringen auch zusätzliche Arbeitsplätze, sei es im Bereich der Bildung oder Pflege – laut Schätzungen des WIFO entstehen pro investierter Euro-Milliarde in etwa 18-25.000 Arbeitsplätze. Investitionen in soziale Dienstleistungen sind aber vor allem auch Investitionen in den sozialen Frieden und in unsere gemeinsame Zukunft.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Hervorheben möchte ich hier insbesondere Investitionen im Bildungsbereich. Dies hat ja die Österreichische Bundesregierung selbst erkannt, und in ihrem aktuellen Programm diesen Bereich von Sparmaßnahmen ausgenommen und sogar mehr Mittel im Budget vorgesehen. Umso erstaunlicher, ja ärgerlicher ist es, wenn im Rahmen des sogenannten Konsolidierungspaketes mit dem Argument der Steuersystematik die Möglichkeit des Vorsteuerabzuges gerade für Bildungseinrichtungen gleichsam mit einem Federstrich ebenfalls eliminiert wurde.

Gerade wir Städte und Gemeinden sind es doch, die hier die notwendige Infrastruktur errichten und betreiben. Wie viele Städte planen derzeit aktuell gerade in diesem Bereich Investitionen? Es sind viele, gerade angesichts der aktuellen bildungspolitischen Debatte, insgesamt wird investiert in neue Infrastrukturen, wo unsere Kinder von der Kinderkrippe bis zum Abschluss der Mittelschule bzw. des Gymnasiums bestens betreut werden.

Der Bildungscampus ist das städtische Investitionsprogramm schlechthin. Dieses wird nun unnötigerweise erschwert und verteuert.

In diesem Zusammenhang darf ich auf ein Beispiel aus dem österreichischen Baukulturreport 2011 verweisen, in dem ein Fallbeispiel angeführt ist unter dem Titel „Der große Wurf: Building the Education Revolution/Australien“.

Im Jahr 2009 hat die australische Regierung ein Programm für Investitionen in die Bildungsinfrastruktur des Landes beschlossen, unmittelbarer Anlass war die von der globalen Finanzkrise ausgelöste Schwächung der Weltwirtschaft! Im Zeitraum zwischen Jänner und September 2009 wurden im Rahmen des Programms Investitionen im Ausmaß von 12,2 Milliarden Euro in 24.382 Projekten in 9.526 Schulen freigegeben. Die Durchschnittsinvestition entsprach damit 1,7 Millionen Euro pro Schule, die Projekte sollen bis zum Jahresende 2012 abgeschlossen sein.

Bemerkenswert an dem Programm sind einerseits die Höhe und die Geschwindigkeit der Implementierung: Bei der australischen EinwohnerInnenzahl von 22,3 Millionen entspricht die Investitionssumme 547,- Euro pro Einwohner/Einwohnerin im Zeitraum von drei Jahren.

Auf Österreich umgelegt entspräche das einer Investition von 4,6 Milliarden Euro! in 3 Jahren wohlgermerkt.

Alles nachzulesen, wie erwähnt, im Österreichischen Baukulturreport 2011 auf Seite 136. Herausgegeben vom Bundeskanzleramt, erstellt aufgrund einer EntschlieÙung des österreichischen Nationalrates von der österreichischen Bundesregierung.

Die Geschäftsleitung des Österreichischen Städtebundes hat in diesem Sinne eine Resolution ausgearbeitet und gemeinsam mit dem Österreichischen Gemeindebund an alle österreichischen Gemeinden mit dem Ersuchen um Beschlussfassung und Übermittlung dieser Resolution an die österreichische Bundesregierung ersucht. Kern der Resolution, weiterhin die Möglichkeit des Vorsteuerabzugs für Investitionen in Bildungsinfrastrukturen!.

Wer noch nicht beschlossen hat, möge dies bitte rasch und umgehend tun!

Australien – Austria

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf an dieser Stelle auch daran erinnern, dass einige österreichische Banken nur mit Staatshilfen in Milliardenhöhe durch die Finanzkrise gekommen sind – bei manchen ist dies auch noch nicht ausgestanden und wir heute gleichzeitig die Situation haben, dass sich Aktienkurse auf dem Vorkrisen-Niveau bewegen und die Bonuszahlungen an Manager wieder stetig steigen.

Faktum ist auch, wie dies dem WIFO-Monatsbericht aus dem Dezember 2011/Gunther Tichy, Die Staatsschuldenkrise Ursachen und Folgen, zu entnehmen ist, dass der überwiegende Teil der staatlichen Schuldenexpansion eine indirekte (Konjunkturstützung) und direkte (Bankensanierung) Folge der Finanzmarktkrise ist.

Umso erstaunlicher ist es doch, dass alle nur mehr von einer Staatsschuldenkrise reden, wo bleibt die Regulierung der Finanzmärkte, die der frühere französische Staatspräsident 2008 noch vehement forderte?

Die Finanzkrise hat die Ungleichheit nicht nur deutlich zu Tage gebracht, sondern noch zusätzlich verschärft. Allein sparen wird uns nicht wirklich weiterhelfen, wie das bereits unser Präsident letztes Jahr in seiner Rede zum 61. Städtetag in St. Pölten gesagt hat: „Nicht in die nächste Krise hineinsparen, sondern aus der aktuellen heraus investieren“.

Wenn daher jetzt Diskussionen, Maßnahmen und Programme beschlossen werden, die mehr wert sind, so hoffe ich, als das Papier auf dem sie gedruckt sind, zum Thema Wachstum und Beschäftigung ist es jedenfalls an uns, die Stimme zu erheben und einzufordern, dass Städte und Gemeinden hier einen wesentlichen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung leisten können, schlicht und einfach leisten.

Städte und Gemeinden sind neben dem Bund die größten öffentlichen Investoren, hier wird in den sozialen Zusammenhalt investiert, hier wird in Demokratie investiert, in Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Entwicklung und in die Gleichstellung der Frauen.

Soziale Infrastruktur, das Rückgrat des Gemeinwesens vor Ort ist gerade jetzt gefragt, und auch hier gibt es ja historische Beispiele. Wien hat gerade angesichts der wirtschaftlichen Verwerfungen nach dem 1. Weltkrieg durch eine am sozialen Wohlergehen der Bevölkerung orientierten Wohnungsbau und der damit einhergehenden Infrastruktur/Kindergärten, Bildungswesen, Gesundheitsvorsorge etc.

zur Verbesserung der Situation vieler Bürger und Bürgerinnen in den 20er-Jahren, aber auch noch am Anfang der 30er-Jahre beigetragen und so letztlich auch die Auswirkungen der wirtschaftlichen Probleme nach 1918 abgemildert.

Es sind nämlich auch die Städte und Gemeinden, die als Wirtschaftsmultiplikatoren fungieren – sie beauftragen die KMUs und „beschäftigen“ die Wirtschaft vor Ort und finanzieren die Leistungen der Daseinsvorsorge. Sie erfüllen jene Aufgaben, die sich Bürger und Bürgerinnen zu Recht von einer Stadt erwarten: Eine funktionierende lokale Infrastruktur mit attraktiven Arbeitsplätzen, Schulen, Kindergärten sowie dem öffentlichem Nahverkehr. Österreichs Städte und Gemeinden sind das Rückgrat der Republik!

Um ihre Handlungsfähigkeit aufrecht zu erhalten, müssen Städte und Gemeinden andere Mittel lukrieren können. Einer der nächsten Schritte muss eine Reform der Grundsteuer sein.

(Siehe AK zu gemeindeeigene Abgaben.)

Der Österreichische Städtebund fordert daher / Beschlusslage Geschäftsleitung

- ➔ Kurzfristig die Erhöhung des Hebesatzes, um zumindest die weitere Erodierung der Grundsteuer in den Haushalten der Städte und Gemeinden hintanzuhalten.
- ➔ Die Einsetzung einer Arbeitsgruppe im Finanzministerium unter Einbeziehung der kommunalen ExpertInnen zur grundlegenden Reform des Bewertungsgesetzes und der Grundsteuer bis längsten 2014.
- ➔ Eine „Verlängerung“ wird entschieden abgelehnt.

Die Grundsteuer ist die zweitwichtigste Steuer der Gemeinden und ist auf Grund der jahrzehntelangen Nicht-Aktualisierung der Einheitswerte bereits mehrfach vom Verfassungsgerichtshof kritisiert worden. Eine eingeschränkte Reform, die sich ausschließlich auf Agrarflächen bezieht, wie sie jetzt vorgesehen ist, ist völlig ineffizient und widerspricht den Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofes.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Was wir brauchen - und man kann es nicht oft genug wiederholen - sind umfassende Strukturreformen, klare Aufgabentrennungen, das Entflechten von Transferleistungen und Doppelgleisigkeiten sowie ein aufgabenorientierter Finanzausgleich. Wir müssen kommunale Dienstleistungen absichern, um die Investitionstätigkeit aufrecht zu erhalten.

Wir brauchen ein einfaches, transparentes System, das den Kommunen Planungssicherheit gibt und die unterschiedlichen Wertentwicklungen fair abbildet.

Städte brauchen wieder mehr Entscheidungs- und Finanzierungsspielraum – das müssen Bund und Länder erkennen und ermöglichen.

Wenn es dabei um Sparpotenziale und Effizienzsteigerungen im Zusammenhang mit kommunalen Dienstleistungen geht, bin ich sehr froh darüber, dass in der täglichen Diskussion nicht nur der Sparstift unsere Zukunft plant sondern auch das Stichwort Gemeindekooperationen fällt.

Der Städtebund tritt dafür ein, Einsparungspotentiale bei den Städten und Gemeinden auch selbst zu suchen. Dazu gehört auch die Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten, so ganz nach dem Motto: fünf Gemeinden, eine Verwaltung.

Viele Gemeinden entscheiden sich bereits bewusst für Kooperationen, weil sie für weniger Geld bessere Leistungen anbieten können, das ist vernünftig und führt weg vom Denken, das nicht über den eigenen Tellerrand hinausreicht.

Weiters arbeiten wir gegenwärtig am Thema „Region mit eigenem Statut“ oder man kann auch sagen „Gebietsgemeinde“ (120 BVG) – eine Diskussion, die im Rahmen des Österreich-Konvents vor knapp 10 Jahren schon geführt wurde. Letzte Woche wurde im Nationalrat die Einführung von Landesverwaltungsgerichten beschlossen – auch ein Reformvorschlag aus dem Österreich-Konvent – vielleicht gelingt uns dies ja auch mit der Gebietsgemeinde.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wann, wenn nicht jetzt, sollten wir uns bewusst werden, welches die künftigen Herausforderungen für Städte und Gemeinden als Träger unseres Gemeinwesens sind. Welchen Beitrag Städte und Gemeinden zu Wachstum und Beschäftigung in Europa leisten bzw. leisten können.

Es sind vor allem die Städte und Gemeinden, die durch ihre Einrichtungen und Dienste der Daseinsvorsorge soziale Rechte und damit die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und damit letztlich Demokratie ermöglichen und gewährleisten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir haben auch in den nächsten Jahren einige Hürden zu nehmen. Lassen Sie uns diese ich darf sagen, wie bisher - mit vereinten Kräften meistern und gemeinsam eine nachhaltige Zukunft planen, in der auch unsere Kinder erfahren dürfen was sozialer Ausgleich, gesellschaftlicher Zusammenhalt bedeutet, was Demokratie bedeutet, was Demokratie ist.